



**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe oktober 2003**

**Herausgeber**

Harald Berzl,  
Vorsitzender des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Leipziger Straße 61  
10117 Berlin  
Tel./Fax: 030 - 208 24 19  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure**

Harald Berzl, Violetta Hart-  
mann, Gaby Heise, Kathrin  
Jung, Jan Losemann, Erwin  
Loßmann, Martin Matz,  
Dörte Other, Piotr Paw-  
lowski, Martina Rozok,  
Henner Schmidt, Sascha  
Tamm, Johannes Winter

**Autoren dieser Ausgabe**

Helmut Abrell, Hans-Jür-  
gen Beerfeltz, Maren Jasper,  
Silvana Koch-Mehrin, Kurt  
Lehner, Bettina v. Seyfried,  
Tim Stuchtey

**FDP in Mitte im Internet**

BV Mitte:  
[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

OV Friedrichstadt:  
[www.fdp-gewinnt.de](http://www.fdp-gewinnt.de)  
[www.liberalweb.de](http://www.liberalweb.de)

OV Oranienburger Tor:  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)

OV Wedding:  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 0653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Beiträge mit Namenszei-  
chen geben die Meinung  
ihres Autors wieder.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe oktober 2003**  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

das anstehende Winterhalbjahr 2003/04 wird, ob man es will oder nicht, in vielfacher Hinsicht eine Zeit der Weichenstellung sein.

Europas junge Währungsunion steht vor einer historischen Was-  
serscheide. Sollte es der unheiligen Allianz aus deutscher Sozial-  
demokratie und welschem Geist gelingen, die im „Stabilitätspakt“  
verkörperte finanzpolitische Solidität auf dem Altar ihrer Unfä-  
higkeit zu liberalen Strukturreformen zu opfern, so würde dies  
den Anfang eines qualvollen Endes der Gemeinschaftswährung,  
zunächst ihrer Legitimität und dann ihrer selbst, bedeuten.

Für Deutschlands politische Ökonomie geht es ums Ganze. Es  
müssen, durch welche Koalitionen auch immer, radikale liberale  
Reformen umgesetzt werden, wie wir sie in unserem Bürgerpro-  
gramm 2002 skizziert haben. Andernfalls droht unserem Land,  
das derzeit das weltweit einzige ohne Wirtschaftswachstum ist  
und dessen öffentliche Finanzen dem Kollaps zusteuern, ein fi-  
nanzielles, wirtschaftliches und gesellschaftliches Armageddon.

Der Bundesverband der FDP muss sich jetzt entscheiden, ob er  
zum Selbstverständnis einer kraftvollen liberalen Avantgarde für  
das deutsche Volk (zurück-)finden oder sich in ängstlichem Kli-  
entelismus und Oberflächlichkeit verstecken will. Das ist auch eine  
Herausforderung für den Bundesvorsitzenden, der als Vertreter  
der „neuen FDP“ – und nur als solcher – begeisterter und ge-  
schlossener Zustimmung sicher sein konnte und sein kann.

Unser Berliner Landesverband hat die Chance vor Augen, seine  
internen Satzungsquerelen endgültig zu lösen und den Bürgern  
der Stadt den Entwurf eines liberalen Berlin mit blaugelbem Fa-  
den, aus einem Guß, zu präsentieren. Ergreift er sie, so werden  
wir (umso mehr angesichts der lähmenden Unfähigkeit unserer  
Konkurrenz) Gelegenheit erhalten zu zeigen, dass die Liberalen  
nicht nur koalieren, sondern auch führen können.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

**Wir müssen uns bei der Erneuerung der  
sozialen Marktwirtschaft die ehemalige  
britische Premierministerin Margaret  
Thatcher zum Vorbild nehmen.**

Guido Westerwelle

## Lagebericht des Vorsitzenden

# Jetzt mit viel Engagement für einen liberalen Herbst

von *Harald Berzl*

Ich freue mich, Ihnen wieder unser liberales Mitteilungsblatt „Liberal Central“ präsentieren zu können, dass sich ja mittlerweile zu einer Institution entwickelt hat. Rückmeldungen und Gespräche mit Mitgliedern haben mir dies bestätigt.



Im Bezirksverband hat es in den vergangenen Wochen eine Menge Aktivitäten gegeben; ich möchte neben dem großen Erfolg, zu dem der „Liberale Stammtisch Mitte“ inzwischen geworden ist, nur die Veranstaltung des Bezirksausschusses zur Kandidatur des Europäischen Parlaments oder die Veranstaltung zur Wasserwirtschaft im Rahmen des „umweltpolitischen Gesprächskreises Mitte“ erwähnen; höchst erfreulich ist, welche große Resonanz die Umweltvortragsreihe des Bezirksverbandes erfahren hat, wobei der Organisatorin Maren Jasper hier besonderer Dank gebührt. Trotz der von Ihnen sicherlich sehr interessiert wahrgenommenen Aktivitäten des Bezirksverbandes ist im Übrigen eine Steigerung immer noch möglich.

Unserer BVV-Fraktion genießt mittlerweile aufgrund ihrer hervorragenden Sacharbeit und Vorbereitung bei schwierigen Themen ein gutes Renommee und wird hoch geachtet. Dies ist nach so kurzer Einarbeitungszeit ein gutes Ergebnis für uns - und für die Fraktion mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden Henner Schmidt. Aber ich würde mich freuen, wenn die FDP-Mitte die Fraktion in der BVV-Mitte noch stärker unterstützen könnte und durch Anträge oder Vorschläge unterstützen würde. Bedenken Sie, die Fraktion besteht nur aus vier Verordneten und muss ein großes Pensum bewältigen.

Wir werden als Bezirksverband auch weiterhin Themen aufgreifen, die für die Menschen in Mitte wichtig sind. Da der Bezirk Mitte wie eh und je auch im Fokus der Stadt Berlin und des Bundes steht, wird der Bezirksverband weiterhin dafür Sorge tragen, dass bei Planungen in Mitte nicht nur Bundes- und Landesinteressen verfolgt, sondern dass auch die Interessen der hier lebenden Bürger berücksichtigt werden. Zum Beispiel wird man vielleicht fragen müssen, ob das Kulturforum wirklich durch einen Großparkplatz verschandelt bleiben soll.

Eine weitere positive Entwicklung in Mitte, von der ich Ihnen gern berichte, ist die positive Mitgliederentwicklung. Der Bezirksverband hat seit Februar 2001 rund 120 neue Mitglieder hinzugewonnen, was uns für unsere politische Arbeit Motivation und Ansporn ist.

Der Bedeutung des neuen Bezirks Mitte angemessen ist es natürlich auch, über die Gestaltung dieses „Regierungs“-Bezirks nachzudenken, was in einigen Ortsverbänden bereits geschehen ist. So ist es eine alte Forderung unseres Bezirksverbandes, den historischen Kern unserer Hauptstadt angemessen zu rekonstruieren. Wichtig ist dabei, dass die Funktionen im kommunalen Bereich, als Bundeshauptstadt und als kultureller Mittelpunkt befriedigt werden. Eine Initiative, die in Mitte seit Jahren unterstützt wird, ist die Rekonstruktion des Ensembles Kommandantenhaus, Stadtschloss und Altes Museum. Hier muss eine durchdachte Lösung her, aber sie muss auch bald kommen. Die Ödnis im Zentrum von Mitte ist keine Werbung für die Stadt.

Ein nach wie vor die Menschen bewegendes Thema ist der Beitritt der Länder Mittelosteuropas. Unsere Aufgabe als FDP wird es sein, die Chancen aufzuzeigen, die sich mit dem Beitritt verbinden. Der Bezirksverband wird im nächsten Jahr, egal wer für den Landesverband Berlin auf der Bundesliste der FDP nominiert wird, einen überzeugenden Wahlkampf führen und die Menschen von den Chancen Europas überzeugen und Vorurteile abbauen. Leider ist die Stadt Berlin durch die Mangelverwaltung der letzten 13 Jahre schlecht auf die neuen Aufgaben vorbereitet. Berlin könnte Drehscheibe in die Staaten Mittelost-Europas sein, die nun beitreten. Diese Rolle wird aber leider derzeit eher von Wien (oder Paris) wahrgenommen, weil man in Berlin nicht in der Lage war, sich auf die Situation einzustellen. Dies lässt sich leider nicht kurzfristig beheben, aber Liberale werden im Europäischen Parlament für die Verbesserung der Ausgangsbedingungen Deutschlands eintreten. Ich bitte Sie schon jetzt, die FDP bei Ihrem wichtigen Wahlkampf zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr mit aller Kraft zu unterstützen.

Auch begleiten wir mit großer Freude die umfassende programmatische Arbeit unseres Abgeordneten für Mitte im Abgeordnetenhaus Martin Matz, der jüngst mit dem vielbeachteten Cannabis-Legalisierungs-Antrag der Fraktion einen weiteren liberalen Erfolg erzielte.

---

*Harald Berzl (Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte*

Kommentar aus Mitte

## Von der Funktions-Partei zur Freiheits-Bewegung

von *Hans-Jürgen Beerfeltz*



Nach der nächsten Bundestagswahl will die FDP mit einem zweistelligen Ergebnis Regierungsverantwortung in Deutschland übernehmen. Das wird nur gelingen, wenn die FDP sichtbarer als heute als unabhängige Alternative zu allen anderen Parteien in Deutschland wahrgenommen wird. Dafür müssen drei Voraussetzungen erfüllt werden, was wir gemeinsam schaffen können:

1. Die FDP muss sich neue programmatische Substanz erarbeiten. Viele liberale Forderungen mit ehemaligem Alleinstellungscharakter werden derzeit von anderen Parteien übernommen. Von Steuersenkung bis Subventionsabbau, von Privatisierung bis Umbau der Sozialsysteme: Programmatische Ladendiebe räumen uns die Regale leer und es nützt nichts, zu weinen. Nichts ist so schnell weg wie Vorsprung – er muss und kann aber neu erarbeitet werden. Dafür sind die vom Bundesvorstand eingesetzten liberalen Zukunftsforen mit ihren Querschnittsthemen und Beteiligung externer Experten ein wichtiger Schritt, aber noch kein ausreichend tragendes Signal, auch wegen noch fehlender Öffentlichkeitswirkung. Die FDP muss darüber hinaus die Grundsatzdiskussion wieder aufnehmen, die Wiesbadener Grundsätze von 1997 weiterentwickeln. Und die FDP muss sich in allen Politikfeldern deutlich abgrenzen von der inhaltsleeren Beliebigkeit der sozialdemokratischen Grundmentalität aller anderen Parteien. Nur eine Partei im Bundestag steht wirklich für Marktwirtschaft und Wettbewerb, nämlich unsere FDP. Union, SPD und Grüne setzen auf den Staat als erste Problemlösungsinstanz, nur wir setzen auf mehr Freiheit – und vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung zur Informationsgesellschaft haben wir damit gute Chancen, denn die meisten Zukunftsprobleme werden nicht mit mehr Staat, sondern nur mit mehr Freiheit zu lösen sein.

2. Die FDP muss neuen Stolz finden in der Lebendigkeit ihrer innerparteilichen Diskussion. Für ein Jahr stand die Geschlossenheit im Vordergrund, nun muss neue Lebendigkeit auf Platz eins unserer Tugenden zurückkehren. Die FDP wird nur dann spannend sein, wenn wir auch die kritischen Themen diskutieren. Es geht jenseits von political correctness darum, eine sachliche Streitkultur zu finden, in der wir für die Menschen und mit den Menschen in Deutschland zunächst gedanklich und dann politisch zur Bewegung nach vorn werden. Auf allen Ebenen müssen wir mit unseren Veranstaltungen weniger propagandistisch werden, mehr für eine lebhaft und ergebnisoffene Diskussion sorgen. Wir versuchen das derzeit einzuleiten durch das Konzept „Lebendige Partei vor Ort“ mit inhaltlichen Veranstaltungen „pro und contra“ in den Kreisverbänden einschließlich Abstimmung über die Themen-Auswahl und Entscheidung. Es gilt wie in der Formel 1: Ein Rennen wird nicht auf Ideallinie, sondern auf Kampflinie gewonnen.

3. Die FDP muss von der Gremien-Partei zur Bürger-Bewegung werden. Die FDP muss sich weiter reformieren, öffnen und verbreitern. Lobenswerte Initiativen für mehr Reform-Mut in Deutschland werden schnell merken, dass sie nur Politik-Placebos sein können und das Engagement in den Parteien nicht ersetzen können. Wir wollen die bürgernahe Partei für Deutschland sein. Wir wollen mehr Menschen zur Mitarbeit bei uns einladen, auch durch neue Formen der Mitgliedschaft oder für bestimmte Kampagnen. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger als Kunden der Politik betrachten, wir müssen den direkten und dialogorientierten Kontakt zum Bürger noch stärker suchen, vereinfachen und ausbauen. Das ist zentrale Voraussetzung auch für eine weiter erfolgreiche Mitgliederwerbung. Zugleich müssen wir mehr für die Betreuung der Mitglieder tun, vor allem auch für die Betreuung der Neumitglieder. Neumitglieder-Treffen sollte es regelmäßig überall in der FDP geben. Um unsere Inhalte näher an die Menschen heranzutragen brauchen wir nicht nur eine sehr gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, wir brauchen auch eine Pflege unserer Multiplikatoren. Deswegen müssen wir vorbereiten, dass sich Prominente und Multiplikatoren im nächsten Bundestagswahlkampf verstärkt auch öffentlich zu uns bekennen. Mit der neuen Prominenteninitiative, koordiniert vom n-tv-Gründer Karl-Ulrich Kuhlo, und mit dem Bürgerfonds haben wir bereits zwei treffliche Instrumente dafür geschaffen.

---

*Hans-Jürgen Beerfeltz (OV Wilhelmstadt) ist der Geschäftsführer des FDP-Bundesverbandes*

Der Gastkommentar

**Euro auf Lateinisch**

von *Silvana Koch-Mehrin*

Geboren 1865, 62 Jahre alt geworden: Die Lateinische Münzunion, Vorläuferin der Europäischen Währungsunion. Kern der von Frankreich, Belgien, der Schweiz, Italien und Griechenland vereinbarten LMU war Einheitlichkeit in der metallischen Zusammensetzung der jeweiligen Fünfer-Silbermünzen und ihre Gültigkeit in allen fünf Ländern. Eine Währungsgeschichte, die scheiterte, weil nationale Egoismen rücksichtslos durchgeboxt wurden.

Ein neues Kapitel europäischer Währungsgeschichte mit noch ungewissem Ausgang wird nun wieder geschrieben. Vor 130 Jahren sah Europa anders aus, aber die Bereitschaft kurzfristiger Politiker, ihre Egoismen vor ordnungspolitisch gebotene Vereinbarungen zu stellen, besteht nach wie vor. Wieder wird in Kauf genommen, dass ein ambitioniertes Projekt geschwächt, beschädigt und vielleicht zerstört wird. Nationale Regierungen, allen voran die rot-grüne Bundesregierung, überbieten sich in Umgehung, Diffamierung und offenem Bruch des „Stabilitätspaktes“, eines Abkommens, das sie noch vor wenigen Jahren als Garant für Solidarität und Zukunftsfähigkeit des Euro priesen.

Mehrfach reüssierte die Schröder-Regierung in ihrem Bemühen, dem Euro Glaubwürdigkeit und Stabilität zu nehmen: Februar 2002 wurde ein Warnverfahren abgeblockt, das die EU-Kommission wegen exzessiver Defizite gegen Deutschland einleiten wollte. Juni 2002 unterstützte Eichel die Weigerung der französischen Regierung, der Aufforderung der EU-Kommission nach einem Abbau seines strukturellen Defizits nachzukommen. September 2002 wurde die EU-Kommission gezwungen, Ausnahmeregelungen für Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal hinsichtlich des Ausgleichs ihrer Haushalte zu erlauben. Es folgte die Ankündigung der deutschen Regierung, dass Deutschland die Stabilitätskriterien verfehlt und Äusserungen des bedrängten Kommissionspräsidenten Prodi, der den Stabilitätspakt als „stupide“ bezeichnete - wenn der oberste Wächter der Verträge seine Aufgabe nicht mehr ausfüllt, haben Vertragsbrecher leichtes Spiel. Heute behandelt die Bundesregierung den Stabilitätspakt als non-existent.



1865 wie heute war der Wille, europäischem Zusammengehörigkeitsgefühl eine wirtschaftliche Grundlage zu verschaffen, eine Triebfeder. Es ging aber 1865 wie heute auch um Macht. Frankreich wollte die LMU als politisches Instrument für die beanspruchte Führungsrolle in Europa nutzen. Aufnahmeversuche wurden von Frankreichs Diplomatie provoziert, sogar an das verfeindete Preußen gab es Angebote, die jedoch abgelehnt wurden. Am Ende hatten sich 18 Länder der LMU angeschlossen. Französische Hegemonie wurde von den übrigen Mitgliedsländern zwar abgelehnt, war aber Realität. Italien setzte sich über jedwede vertragliche Regelung hinweg. Das Defizit der LMU: Es fehlten Sanktionsmöglichkeiten bei Vertragsbrüchen. Ein Mitglied, das die Regeln brach indem es beispielsweise mehr Münzen als vereinbart prägte, musste nichts fürchten. Allein durch Verhandlungen zwischen den Regierungen sollten alle Probleme gelöst werden. Konsequenz war, dass nachträgliche Ausnahmeregelungen vereinbart wurden, die andere Länder dazu nutzten, eigene Sonderwünsche durchzudrücken. Das Scheitern der LMU war in ihr angelegt. Scheitern sah sie den 1.

Weltkrieg, 1927 wurde ihr Ende beschlossen.

Was lehrt diese Währungsgeschichte? Die klar geregelte Verlagerung von Verantwortlichkeit auf supranationale Institutionen, wie sie heute gemäß der Verträge von Amsterdam und Maastricht von der Europäischen Zentralbank wahrgenommen wird und von der EU-Kommission wahrgenommen werden sollte, ist lebensnotwendig für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Es wäre gut gewesen, wenn dies auch im Entwurf der Europäischen Verfassung noch mehr Niederschlag gefunden hätte. Die konsequente Anwendung der Maßnahmen des Stabilitätspaktes ist jedenfalls eine unverzichtbare Bedingung für eine erfolgreiche Währungsunion. Heute wie zu Zeiten der LMU gibt es Politiker, die ihre Wiederwahl vor den Erhalt gemeinsamer Werte stellen. Diese Politiker können nur mit starken europäischen Vereinbarungen und unabhängigen, verantwortungsbewußten Institutionen gezügelt werden. Vertrauen in eine Währung aufzubauen ist ein langwieriger Prozeß, es zu verspielen geht sehr schnell.

*Dr. Silvana Koch-Mehrin (Auslandsgruppe Europa) ist Beisitzerin im Bundesvorstand der FDP.*

## Zum Thema

# Kiffen ist verboten – und was nützt das?

von *Martin Matz*

Die aktuelle Drogenpolitik leidet unter Irrationalität. Rauschmittel werden entweder verharmlost oder kriminalisiert; sie werden nicht nach der ihnen jeweils inhärenten Gefahr für individuelle und öffentliche Gesundheit differenziert behandelt, sondern nach tradierten Auffassungen. Drogenarbeit der Behörden setzt bei denen an, die sich aus einem Sumpf von Abhängigkeit und daraus folgenden sozialen Schwierigkeiten nicht mehr befreien können. Diese irrationale Vorgehensweise führt nicht nur zu unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen, sondern schafft auch Gefahren für die individuelle und öffentliche Gesundheit.

Ein wesentlicher Aspekt dieser Irrationalität ist das staatliche Verbot des weit verbreiteten Rauschmittels Cannabis, das in dieser Form nicht sinnvoll ist. Dieses Verbot führt nicht nur zu unverhältnismäßigen staatlichen Maßnahmen gegen Bürger, sondern untergräbt auch die Glaubwürdigkeit staatlicher Drogenaufklärung insgesamt, insbesondere bei Heranwachsenden, und führt schließlich auch dazu, dass die Konsumenten in Kontakt mit den Märkten für „harte Drogen“ geraten. Im Übrigen führt das Cannabisverbot auch dazu, dass dieses trotz international erwiesener Eignung als risikofreies Schmerzmittel für Patienten mit Aids, Krebs und Multipler Sklerose nicht medizinisch verwendet werden kann.

Der Misserfolg der restriktiven Cannabispolitik lässt sich im langfristigen Vergleich erkennen: Während laut einer Studie noch 1989 nur 18% eine Probierebereitschaft für illegale Drogen zu erkennen gaben, sind es 2001 45% gewesen. Der Beginn des Cannabiskonsums ist ein klares Jugendphänomen – der Erstkontakt erfolgt meist im Alter zwischen 13 und 21 Jahren.

Wenig hilfreich sind marktschreierische Forderungen wie „Gebt das Hanf frei!“. Cannabis bleibt ein Rauschmittel, und als solches ist es nie ungefährlich. Zwar ist eine „körperliche Abhängigkeit“ von Cannabis ebenso unbekannt wie eine „tödliche Dosis“, sind Langfristfolgen von Dauerkonsum zumindest deutlich weniger gravierend als etwa bei Alkohol, sind Gefahren durch berauschte Nutzer etwa im Straßenver-

kehr aufgrund der „defensiven“ Natur des Cannabis-Rausches eher gering. Aber doch kann insbesondere regelmäßiger Cannabiskonsum zu der allen Rauschmitteln eigenen „Realitätsflucht“, zu „psychischer Abhängigkeit“, führen.

Was ist also zu tun? Die medizinische Anwendung von Cannabis sollte ohne ideologische Scheuklappen erlaubt werden. Alle Rausch- und Suchtmittel sollten künftig nicht mehr verharmlost werden, Drogenaufklärung muss durch Aufrichtigkeit überzeugen. Der Cannabismarkt muss vom Handel mit „harten“ Drogen getrennt werden, der Endverbraucher sollte daher Cannabisprodukte in staatlich lizenzierten „Coffie Shops“ erwerben können. Gelingt es nicht, eine entsprechende Änderung im Betäubungsmittelgesetz zu erreichen, so sollte ein Modellversuch in Berlin den Anfang machen.

Das hier und von der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus geforderte „Legalisierungsmodell“ lehnt sich am Modell der Niederlande an. Seit der Freigabe des Cannabisverkaufs durch lizenzierten Stellen („Coffie Shops“) in den Niederlanden hat nicht nur eine Trennung der Märkte stattgefunden, sondern ist auch in der ansässigen Bevölkerung der Konsum zunächst von „harten Drogen“ und dann auch von Cannabis signifikant zurückgegangen, am stärksten unter Jugendlichen.

Das wichtigste Element der Drogenpolitik muss die Prävention sein. Hier muss in Berlin - wie immer - auch die Arbeitsteilung zwischen Senat und Bezirken überdacht werden. Suchtprävention vor allem an die zu richten, die noch nicht oder in nicht suchtfördernden Ausmaß mit Drogen in Berührung gekommen sind, wäre eine regionale Aufgabe. Die fachliche Koordinierung müsste landesweit erfolgen, die dafür erforderlichen Mittel aber nicht der Arbeit vor Ort entzogen werden. An dieser Stelle ist der Senat schon wieder dabei, folgenschwere Fehler zu begehen. Streichungen von Drogenprojekten im Haushalt konnten auf Antrag der FDP zunächst auf Eis gelegt werden, bis dem Parlament ein schlüssiges Präventionskonzept vorgelegt wird.

---

*Martin Matz MdB (OV Tiergarten) vertritt die FDP Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin. Er ist dort u.a. drogenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.*

*Der Antrag der FDP-Fraktion und ein begleitendes Argumentationspapier des drogenpolitischen Sprechers sind nachzulesen bei [www.Martin-Matz.de/4655.html](http://www.Martin-Matz.de/4655.html)*





Aus dem Abgeordnetenhaus

## Von Glücksspielen, mangelndem Überblick und Nikotinwarnungen

von *Martin Matz*

Die Arbeit im Abgeordnetenhaus steht – auch wenn es die Überschrift dieser Kolumne nicht so erscheinen lässt – im Zeichen der Haushaltsberatungen. Ein Budget von 20 Mrd. €, fast 140.000 Beamte und Angestellte (mit rot-roter Unkündbarkeitsgarantie), über 50 Mrd. € Schulden, 14-Stunden-Beratungstage für die Haushälter im Parlament...



Der erste bescheidene Schritt muss es da sein, dass wenigstens transparent ist, wohin eigentlich in Berlin Geld fließt. Denn in manchen Bereichen ist bei den Zuwendungen schwer durchschaubar, wer was wofür wieviel bekommt. Die Fraktion hat daher auf meinen Antrag beschlossen, dass künftig ein „Träger- und Projektatlas“ in Form einer Datenbank darüber Auskunft geben soll, was auf Senatsebene, was in den Bezirken, was bei der Lottostiftung und was über die Liga der Wohlfahrtsverbände gefördert werden soll. Sie können diesen Antrag nachlesen unter [www.parlament-berlin.de/adis/citat/VT/15/DruckSachen/d151952.pdf](http://www.parlament-berlin.de/adis/citat/VT/15/DruckSachen/d151952.pdf).

Das liberale Ansinnen, dass die Lottomittel nicht mehr filzverdächtig über einen vertraulich tagenden Stiftungsrat vergeben werden, sondern unter Beibehaltung ihrer Zweckbindung dem Parlament überstellt werden sollten, hat relativ großes Presseecho erfahren; meine beiden diesbezüglichen Anträge und Teile ebendieses Pressechos können Sie auf meiner Webseite nachlesen unter [www.Martin-Matz.de/Haushalt.htm](http://www.Martin-Matz.de/Haushalt.htm).

Mit der Verbraucherpolitik hatte ich mich, auch durch die Senatsidee einer „Langen Nacht des Verbraucherschutzes“, in den letzten Wochen relativ viel zu befassen. Den Vogel abgeschossen in Sachen blöde Ideen hat zuletzt aber eindeutig die EU-Kommission: Die größeren Warnhinweise auf den Zigarettenschachteln werden bestimmt nichts bewirken – denn Rauchen macht sicherlich krank, aber garantiert nicht blind!

---

*Martin Matz MdA (OV Tiergarten) vertritt die FDP Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist unter [matz@fdp.de](mailto:matz@fdp.de) erreichbar*

Aus der Landespartei

## Geschafft !!!!!

von *Gaby Heise*



Auch die letzten Hürden auf dem Weg zu einem gemeinsamen Satzungsentwurf sind genommen. Nachdem über die Eckpunkte bereits während der Sommerpause Konsens erzielt werden konnte, sind nun auch die Details geregelt. Auf einer eigens hierfür neu eingerichteten Webseite [www.fpd.neue-satzung.de](http://www.fpd.neue-satzung.de) können kurzfristig alle erforderlichen Informationen zu dem Konsensentwurf sowie der Entwurfstext selbst abgerufen werden. Anregungen zu dem Entwurf sind herzlich willkommen, bevor er auf dem Parteitag am 28.11.2003 zur Abstimmung gestellt wird. Damit ist ein erster Schritt in Richtung auf eine juristisch saubere Satzung getan. Im Januar 2004 soll der zweite Schritt in Richtung auf eine politisch ausgewogene Satzung folgen.

Am 29.11.2003 wird die Landesvertreterversammlung stattfinden. Die Delegierten zu dieser Landesvertreterversammlung sind von den Ortsverbänden in einer Mitgliederversammlung zu wählen. Ein Leitfaden für deren Durchführung ist zwischenzeitlich allen Ortsverbandsvorsitzenden zugeschickt worden, bei Fragen können Sie sich gerne an mich wenden.

Abgesehen von der Wahl der Delegierten zum Europatag wird die Landesvertreterversammlung ganz im Zeichen der Wahl einer Berliner Kandidatin/eines Berliner Kandidaten für die Europawahl stehen. Diejenigen, die sich nach dem gegenwärtigen Stand zur Wahl stellen wollen, hatten am 25.09.2003 in einem vom Landesverband organisierten Hearing in Mitte die Möglichkeit, sich der Parteiöffentlichkeit vorzustellen.

Last but not least: - der erste Entwurf des „Bürgerprogramms für Berlin“ liegt vor. Rund 150 Seiten stark wird darin eine liberale Vision für das Berlin des 21. Jahrhunderts entwickelt. Noch müssen einige Teile ergänzt, andere überarbeitet werden, bevor das Programm im kommenden Jahr beschlossen werden kann. Sicher ist aber bereits jetzt: Die FDP kann mehr (als sich über Satzungsfragen zu streiten)!

---

*Gabriele Heise (OV Friedrichstadt) ist stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der FDP*

## Berichte aus Mitte

# Ein Sieg im Kampf gegen die Bürokratie

*Henner Schmidt für die BVV-Fraktion*

Der Kampf der FDP-Fraktion in der BVV gegen die bürokratischen Schikanen des Bezirksamtes gegen die Würstchenbude in der Müllerstraße hat sich endlich gelohnt. Violetta Hartmann hatte herausgefunden, dass das Bezirksamt sich auf einen alten Beschluss des Bezirksamtes Wedding aus dem Jahre 1981 stützte, der auf die Einführung einer „Currywurstquote“ hinauslief. Nachdem wir gegen den Widerstand aller anderen Fraktionen durchgesetzt hatten, dass das Bezirksamt den von ihm verwendeten Uraltbeschluss überprüft, hat das Bezirksamt als Ergebnis der Prüfung den Beschluss nun komplett aufgehoben. Besonders befriedigend für uns ist die Begründung, dass „die Ursachen dieses inzwischen über zwanzig Jahre alten Beschlusses nicht mehr nachvollzogen werden können“. Der Beschluss war also, wie vermutet, von vornherein unsinnig.

Da noch viele derartige Beschlüsse in den Archiven und Kellern des Bezirksamtes ruhen – und leider auch noch angewendet werden –, werden wir weiter versuchen, Stück für Stück diese unnötigen Regelungen aufheben zu lassen.

### **Postfuhramt**

Mit den Stimmen von CDU, PDS und Grünen hatte die BVV den Investoren des Postfuhramtes in letzter Minute zusätzliche, für die Investoren nicht hinnehmbare Auflagen erteilt. Diese Auflagen wurden dann vom Bezirksamt für die Baugenehmigung umgesetzt. Inzwischen hat die Striedersche Senatsverwaltung den Bescheid des Bezirks Mitte aufgehoben, der Investor darf jetzt so bauen, wie ursprünglich vereinbart. CDU, PDS und Grüne haben also nur erreicht, dass sich der Bau verzögert hat, teurer geworden ist und der Investor verärgert wurde. Bleibender Effekt ist, dass (Zitat aus der Rede von Corvin Tolle) „nun nicht nur die deutsche Immobilienwirtschaft weiß, dass man in Mitte nur schwer investieren kann, sondern dass das nun auch in Israel bekannt ist“.

### **Max-Beckmann Saal**

Der Bezirk kann sich den Max-Beckmann-Saal nicht mehr leisten. Um jedoch diese wichtige kulturelle Veranstaltungsstätte im Wedding fortzuführen, werden zurzeit verschiedene Betreiberkonzepte geprüft. Peter Pawlowski wurde als

einer von zwei BVV-Verordneten, in die Kommission zum Max-Beckmann-Saal berufen. Er wird sich dafür einsetzen, dass die Konzepte nicht nur kulturell, sondern auch ökonomisch tragfähig sind.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, **Telefon 2099 24 365**

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

# Dritter umweltpolitischer Abend in Mitte

*von Maren Jasper*

Am 25.09. lud der BV Mitte zum dritten Mal zu einem umweltpolitischen Abend in das Restaurant „Honigmond“. Rund 30 Teilnehmer diskutierten über „Wettbewerb in der Wasserversorgung“, nachdem die Referenten Dr. Bettina Stuchtey und Burkhard Woelki mit kurzen Referaten in das Thema eingeleitet hatten.

Frau Stuchtey hatte sich im Rahmen ihrer Doktorarbeit und wissenschaftlicher Gutachten mit dem Thema beschäftigt und gab den Diskutanten einen Einblick in die Möglichkeiten, Wettbewerb in der Wasserversorgung herzustellen. Sie verwies auf die Nachbarländer Frankreich und England, die mit Hilfe von unterschiedlichen Ausschreibungsverfahren und begleitenden Regulierungen und Qualitätskontrollen Wettbewerb hergestellt haben, zeigte auch Mängel in den jeweiligen Systemen auf. Herr Woelki, Sprecher von „BerlinWasser“ und dort Leiter der Unternehmenskommunikation, berichtete von der (Teil-)Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe in 1999 und stellte das Unternehmen vor.

Es entwickelte sich eine spannende Diskussion, ob eine vollständige Privatisierung sinnvoll sei. Viele Diskutanten waren der Meinung, dass die Unternehmensstrukturen durch eine vollständige Privatisierung effizienter werden könnten. Jedoch wurde auch angemahnt, dass eine Privatisierung nur ihrer selbst Willen nicht erstrebenswert sei. Schließlich handele es sich bei dem Gut „Wasser“ um ein Lebensmittel, das mit größter Sorgfalt zu behandeln sei. Eine Privatisierung sei nur sinnvoll, wenn sie auch konkret Vorteile für den Verbraucher habe.

Wer gesondert auf die Umwelt-Veranstaltungen aufmerksam gemacht werden will, der schickt bitte eine e-mail an [Maren.Jasper@gmx.de](mailto:Maren.Jasper@gmx.de).



## Steuergerechtigkeit

*Jan Losemann für den OV Friedrichstadt*

Bei der Mitgliederversammlung vom 9. September ging es um das Thema "Steuergerechtigkeit". Ziel war, unser Verständnis für ein trockenes, in der Diskussion mit den Wählern aber wichtiges Thema zu erhöhen. Dies ist dem Referenten Matthias Lefarth (BV Treptow-Köpenick) dann auch gelungen. Herr Lefarth leitet die Abteilung Steuer- und Finanzpolitik des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), war Mitglied der "Kommission liberale Gemeindefinanzreform" und der diesbezüglichen Kommission der Bundesregierung sowie in der AG Finanzen und Steuern der Bundestagsfraktion einer der Mitverfasser des FDP-Steuerreformkonzepts, welches er im Rahmen der Mitgliederversammlung ausführlich vorstellte. Er erläuterte vor allem die tragenden Prinzipien des Steuerreformkonzepts und veranschaulichte diese durch konkrete Beispiele. Bei der anschließenden Diskussion gab es Gelegenheit zur Klärung zahlreicher Fragen. Dem Referenten gilt unser Dank für einen sehr interessanten Abend.

## Treffliches Steuerkonzept

*Nils Augustin aus dem OV OT*

Das Steuerkonzept der FDP – das Ende August den mit 40.000 € prämierten Wettbewerb zur Erneuerung des Einkommensteuerrechts der Humanistischen Stiftung in Frankfurt gewann – [www.liberaled.de/portal/pdf/P-Steuerrecht.pdf](http://www.liberaled.de/portal/pdf/P-Steuerrecht.pdf) war auch Thema der Mitgliederversammlung des OV Oranienburger Tor am 16. September, und Günther Hofmann, steuerpolitischer Referent der FDP-Bundestagsfraktion, durfte sich über enthusiastische Zustimmung zur ordnungspolitisch konsequenten Arbeit von Fraktion und Bundesverband in diesem Bereich freuen. Anregungen betrafen inhaltlich u.a. eine Abschaffung von Bagatellsteuern, Abschaffung der Grunderwerbssteuer und ein Ende der Doppelbesteuerung von Gewinnen von Kapitalgesellschaften, aber auch weitergehende Streichungen von Steuerergünstigungen wie der „Pendlerpauschale“. Ferner ward der Wunsch nach weiteren Bemühungen der Kommunikation nach außen laut.

Außerdem hat der Ortsverband selbst entworfene Postkarten an alle Haushalte des OV-Bezirks verteilen lassen, um Bürger auf die Veranstaltungen des OV aufmerksam zu machen und neue Mitglieder für die FDP zu werben.

## Klausurtagung in Danzig

*Kurt Lehner aus dem OV Tiergarten*

Vom 3. bis 5. Oktober weilte der Ortsverband Tiergarten mit Gästen aus dem ganzen Landesverband und auch einigen Nicht-Parteimitgliedern in Danzig. Die 18köpfige Gruppe unter der Leitung des Ortsvorsitzenden Peter Pawlowski besuchte die mustergültig restaurierte Altstadt von Danzig und die Festung des Deutschen Ritterordens Marienburg, führte ein Gespräch mit dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarnosc, Gwiazda, besuchte eine deutsche Messe in der Danziger St.Johannis-Kirche und traf mit Vertretern der deutschen Minderheit zusammen. Dabei gewannen die Teilnehmer interessante Einblicke sowohl in Probleme im Umgang mit der schwierigen deutsch-polnischen Geschichte als auch den Herausforderungen an Polen durch den bevorstehenden EU-Beitritt. Die Reiset Teilnehmer waren allesamts sehr angetan von der von Peter Pawlowski hochinteressant gestalteten Tagung, so dass der OV Tiergarten auch in Zukunft derartige Veranstaltungen anbieten will.

## Zukunft noch bezahlbar?

*Bettina v. Seyfried aus dem OV Wedding*

Die Mitgliederversammlung des OV Wedding am 17. September zum Thema „Ist unsere Zukunft noch gestaltbar?“ sah den haushaltspolitischen Referenten der FDP-Bundestagsfraktion, Herrn Michael Schwalbe, als Gast. Nachdem er das fatale Haushaltsloch anschaulich geschildert und unmissverständlich bebildert hatte, entspann sich eine lebhaft, inhaltsreiche, streckenweise konstruktiv-kontroverse Diskussion. Es blieb unstrittig, dass die Deutschen zu mehr Eigeninitiative zurückfinden aber auch zurückgeführt und auf diesen neuen Weg gelassen werden müssen. Aktives Handeln muss an die Stelle eines schwächlichen Behandeltdewerdens treten, der Einzelne wieder Verantwortung für sich selbst übernehmen. Die Erfahrungen anderer Länder wurden diskutiert. Wenn der Staat insgesamt ins Rutschen kommt, wenn die Errungenschaften der Vergangenheit in ihrer ursprünglichen Form nicht gehalten werden können, dann müssen alle mitwirken am Umbau, doch das sieht derzeit wohl nicht jeder so. Wir berührten ausserdem die Frage, wie man die Menschen wieder aktivieren, motivieren und aus der Depression herausholen kann, die sich derzeit als Sozialhilfeempfänger durchschlagen müssen oder gar wollen..

## Personalien

(au) Der Liberale Stammtisch Mitte war im September bei bester Laune vortrefflich besucht. Unter anderem erfreuten sich der Bezirksvorsitzende **Harald Berzl**, die Bezirksausschuss-Sprecherin **Dörte Other**, der BVV-Fraktionsvorsitzende **Henner Schmidt** (alle Friedrichstadt), **Martin Matz** MdA (Tiergarten), der Referent der Bundestags-Fraktion **Wolf-Dieter Hasenclever**, **André Panné**, **Michael Scheipl** (alle Oranienburger Tor) und **Peter Lundkowski** (Wedding) am frisch Gezapften, der Ortsvorsitzende **Jan Losemann** (Friedrichstadt) und LC-Chefredakteur **Nils Augustin** (OT) betrieben vergnügt Interessenten-Pflege, man begrüßte allseits die Initiative der AH-Fraktion zur Cannabis-Legalisierung und schmähte als ordnungspolitisch falsch den frischen Presstext des **Carl-Ludwig Thiele** MdB (Niedersachsen), der – im Gegensatz zum FDP-Ehrenvorsitzenden **Otto Graf Lambsdorff** (NRW) – die Steuervergünstigung „Pendlerpauschale“ verteidigt hatte.

(au) In einem öffentlich verbreiteten, elf-seitigen Papier kritisiert der Fraktionsvorsitzende der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, **Martin Lindner** (Steglitz-Zehlendorf), die Führung der Bundespartei. [www.zeit.de/2003/41/fdp](http://www.zeit.de/2003/41/fdp) Deren Strategie und Auftreten sei von Ängstlichkeit, Inkonsequenz und Oberflächlichkeit geprägt, und die trefflichen ordnungspolitischen Prinzipien und Antworten der FDP würden mit Klientelismus und Effekthascherei untergraben. Der FDP-Bundesvorsitzende **Guido Westerwelle** (NRW) ist sauer, und in der Partei wird das Papier mit gemischten Gefühlen gesehen: Inhaltlich gibt man dem Autor Recht, und viele freuen sich über die deutlichen Worte, aber der Gang an die Öffentlichkeit gilt als Problem. „Wollen wir uns wie vor fünf Jahren zur Gaudi des politischen Gegners in den Medien selbst zerfleischen?“, fragt stellvertretend die langjährige Parteifreundin **Gisela Kleemann** (OT), und die Frage, wie weit Lindner sich in Hinblick auf eine Kandidatur für den Landesvorsitz einen Gefallen getan hat, wird unterschiedlich beantwortet.

(ro/au) Im. September stellten sich die Berliner Europawahl-Kandidaten in Mitte vor: Landesvorstandsmitglied **Stefan Beißwenger** (Reinickendorf), **Harald Berzl**, der Justitiar des Landesverbandes **Hellmut Königshaus** (Steglitz-Zehlendorf), **Peter Landauer** (Friedrichstadt), **Andrea Spangenberg** (Steglitz-Zehlendorf) und **Rolf Steltemeier** (Nord-Ost). Nach jener Veranstaltung kam mit **Christa Mientus** (Marzahn-Hellersdorf) eine weitere Kandidatin hinzu.

(ro) Erfolg für Mitte: Auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Liberalen Frauen in Würzburg wurde **Martina Rozok** (Friedrichstadt) Ende August mit großer Mehrheit zur Beisitzerin im Vorstand gewählt.



(ro/au) Wie kriminell ist die IG Metall? Als am 31. August die FDP-Generalsekretärin **Cornelia Pieper** (Sachsen-Anhalt, Foto Mitte) einen symbolischen Betonkopf vor der Berliner IG-Metall-Zentrale enthüllte, da sahen sich FDP-Landesgeschäftsführer **Knut-Michael Wichalski** (Wilhelmstadt), der Ortsvorsitzende **Johannes Winter**, **Nils Augustin** (Foto rechts), **Christian Platzer**, **Jan Frie**, **Melanie Werner** (alle OT), **Martina Rozok** (Foto links) und andere Liberale mit einem Gewerkschaftstrupp von Berufsschlägern konfrontiert, welche nicht nur gegen den armen Betonkopf, sondern auch gegen die Parteifreunde handgreiflich wurden. Das besonnene Verhalten der friedlich aber entschlossen demonstrierenden Liberalen machte die Aktion zu einem PR-Erfolg, und gegen einen besonders üblen Metaller läuft ein Strafverfahren.

(wi) Vor Jungen Liberalen aus ganz Europa referierten **Sascha Tamm** (OT), Mitarbeiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung, und **Johannes Winter** über die Konzepte liberaler Parteien Europas für Sozialreformen.

(ro) Am Ende des fantastischen Sommers trafen sich die Bundes-JuLis am 11. September zum Sommerfest am Bundespressestrand - dieser Termin war laut Juli-Chef **Daniel Bahr** MdB (NRW) keine Absicht. Aus Mitte waren Pinkwart-Büroleiter **Rudi Hielscher** (OT) und **Martina Rozok** dabei.

(wi) Der Landesvorstand Berlin nominierte aus Mitte für Bundesfachausschüsse: **Maren Jasper** (OT) für Innen und Recht sowie für Umwelt, **Tim Stuchtey** (Tiergarten) für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, **Irmgard Schwaetzer** (Friedrichstadt) für Kirchen und Religionsgemeinschaften und **Johannes Winter** für die Medien- und Internetkommission.

## Leserbriefe

### *von Helmut Abrell (OV Oranienburger Tor)*

Sind nicht alle Argumente längst ausgetauscht zu dem leidigen Thema "Domizilprinzip"? Mich erstaunt immer wieder, wie unter dem Vorwand der Notwendigkeit zur Satzungsänderung Rechte verletzt und Formalien zum Prinzip erhoben werden - in einer Partei, die die Rechte des Individuums stärken wollte und sollte.

Es muss im Belieben des Einzelnen bleiben, wo er den Schwerpunkt seines privaten, beruflichen oder politischen Lebens setzt. Dass sich das Netzwerk verschiebt, dass gelegentlich Sektoren- und Bezirksgrenzen neu festgelegt werden, das muss der Bürger annehmen. Die jeweilige persönliche Zuordnung zu Parteiverband, Betrieb, Wohnung und Freizeiteinrichtung aber ist vom Mitglied und Bürger selbst festzulegen.

Auch Apologeten des Domizilprinzips wohnten schon in Kreuzberg und waren in Charlottenburg parteilich tätig. Das sollte nicht mit Häme betrachtet werden, sondern zu dem Schluss führen, dass es sich bei der Freizügigkeit um ein originäres Recht von Individuen und Stadtbürgern handelt, das gegen Auflagen, Verwaltungsakte und Satzungsdiskussionen zu verteidigen ist.

Ein paar Worte noch zu einem anderen Thema, dem Recht der freien Meinungsäußerung für liberale Parlamentarier. Manche Granden der Freien Demokraten glauben, anderen Denk- und Redeverbot erteilen zu müssen, wenn sie das nicht ganz unberechtigte Gefühl haben, dass ihre medialen Präsentationen nicht ganz so trefflich ankommen. Ich hoffe und wünsche, dass in den Fraktionen der Freien Demokraten weiterhin Denk- und Redefreiheit und vor allem auch Wettbewerb herrschen und das Recht und die Pflicht dominieren, dem eigenen liberalen Gewissen und dem Wählerauftrag zu folgen.

Es scheint derzeit für uns wieder einen Sog in die "relative" Bedeutungslosigkeit zu geben, der weder durch Satzungsaktivitäten noch durch meterlange Programme aufzuhalten sein wird. Die grossen Problemlösungen gehen mit liberalen Ideen, jedoch im Wesentlichen unter Ausschluss der FDP vonstatten. Die Zukunft kann nicht sein: Mehr Druck von oben, sondern mehr Wettbewerb von unten. "Muenté's Zuchtvokabular" ist für Liberale keine angemessene Antwort, es sei denn für den Kreis derer, die ihre Präpotenzen voraussetzend zu verteidigen suchen.

### *von Tim Stuchtey (OV Tiergarten)*

Früher war der Unsinn perfekt, man durfte in seiner Steuererklärung einen höheren Satz für einen mit Pkw zum Arbeitsplatz gefahrenen Kilometer vom Einkommen abziehen, als wenn man diesen mit Fahrrad oder ÖPNV zurückgelegt hatte. Fahrrad- und Busfahrer wurden so zu falschen Angaben gereizt, weil niemand nachprüfen konnte, wie man zur Arbeitsstätte gefahren ist.

Das wurde bereinigt, als die Pendlerpauschale verkehrsmittelunabhängig auf 40 Cents (bzw. auf 36 für die ersten zehn Kilometer) erhöht wurde.

Wir freuen uns über **Post**. Bitte an:

Nils Augustin, Chefredakteur,  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen oder nicht zu veröffentlichen.

Nun will die Bundesregierung nur ein Steuerjahr später die Pendlerpauschale auf einheitlich 15 Cents absenken. Dies zeigt, wie konzeptionslos SPD und Grüne auf Bundesebene regieren und lässt zweifeln, wie überlegt die im Moment angekündigten Reförmchen sind. Aber ist die Reduktion der Pendlerpauschale deswegen falsch?

Ordnungspolitisch denkende Politiker aus vielen Parteien haben darauf hingewiesen, dass die Pendlerpauschale umweltpolitisch schädlich und finanzwissenschaftlich unsinnig ist. Es ist richtig, dass Arbeitnehmern, die weiter entfernt vom Arbeitsplatz wohnen, zusätzliche Kosten entstehen. Mit welcher Begründung sollte der Staat aber deren Ressourcenverbrauch (Umweltverschmutzung, Straßenbenutzung etc.) künstlich verbilligen? War es nicht die eigene Entscheidung eines Haushalts, dort hinzuziehen oder zu bleiben, wo man wohnt? Und: Warum Anreize zur Zersiedelung der Landschaft schaffen?

Mobilität aus sozialpolitischen Gründen zu subventionieren ist nicht zielsicher. Schließlich wohnen auch wohlhabende Menschen weiter entfernt vom Arbeitsplatz, die dann ein unbegründetes Steuergeschenk erhalten. Hier beweist sich wieder der finanzpolitische Lehrsatz: Subjekt statt Objektförderung; also hier eine Förderung der bedürftigen Menschen statt des Verkehrs!

In Summe ist die Pendlerpauschale eine volkswirtschaftliche Fehlsteuerung und gehört aus ordnungspolitischer Sicht abgeschafft. Ihre Reduktion ist ein Schritt in die richtige Richtung. Subventionsabbau erleichtert es dem Staat, die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben zu senken. So ist zu hoffen, dass zumindest die Reduktion der Pendlerpauschale Gesetz wird.

---

*Dr. Tim Stuchtey ist wissenschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der Berliner FDP.*

**Termine**

**Oktober 2003**

- 09.10 OV Oranienburger Tor: Masterplan Museumsinsel, **Führung** von Referatsleiterin im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Barbara Großerhode, Anmeldung bei [cplatzer13@aol.com](mailto:cplatzer13@aol.com)
- 14.10 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Scheselong (Wilsnacker Str. 61)
- 14.10 19.00h JuLis Berlin: **After-Work-Party** im Dorian Gray (Potsdamer Platz), Anmeldung bei [ichkomme@julis.com](mailto:ichkomme@julis.com), Fax: 030 – 25 56 49 49
- 16.10 19.00h **Mitgliederversammlung** des OV Oranienburger Tor - Thema: Gesundheitspolitik, Referent Dieter Thomae - ab 21.00h: Wahl der Delegierten zur Landesvertreterversammlung - im Restaurant Degustation (Auguststraße 53)
- 17.-18.10 JuLis Berlin: **Landeskongress** im Rathaus Spandau, Bürgersaal (Karl-Schurz-Str. 2)
- 20.10 19.00h Liberale Frauen Berlin: **Veranstaltung** - Thema: Frauen in Führungspositionen - im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 21.10 19.30h **Landesausschuss**
- 21.10 20.00h **Mitgliederversammlung** des OV Friedrichstadt - Wahl der Delegierten zur Landesvertreterversammlung - anschl. Thema: Basel II, Referent: Thomas Plechatsch-Waterstradt - im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 22.10 19.30h JuLis Mitte: **Stammtisch** in der Deponie No 3 (Georgenstr 5)
- 26.10 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Wahlhalle (Krefelder Straße 6)
- 28.10 20.00h **Liberaler Stammtisch Mitte** in der Schinkelklausur, Keller im Opernpalais (Unter den Linden 5)

**November 2003**

- 11.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Scheselong (Wilsnacker Str. 61)
- 11.11 20.00h **Mitgliederversammlung** des OV Friedrichstadt im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 18.11 20.00h **Mitgliederversammlung** des OV Oranienburger Tor - Thema: Kritik an der Globalisierungskritik, Referent Otto Lampe - im Restaurant Degustation (Auguststr. 53)
- 23.11 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Wahlhalle (Krefelder Straße 6)
- 25.11 20.00h **Liberaler Stammtisch Mitte** in der Schinkelklausur, Keller im Opernpalais (Unter den Linden 5)
- 26.11 19.30h JuLis Mitte: **Stammtisch** in der Deponie No 3 (Georgenstr 5)
- 27.11 19.00h **Neumitgliederabend** der FDP Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin, Fraktionsaal der FDP, Raum 304, Infos unter [matz@fdp.de](mailto:matz@fdp.de) und [jw@jwc.de](mailto:jw@jwc.de)
- 28.11 **Außerordentlicher Landesparteitag** - Thema: Satzung des FDP-Landesverbandes Berlin u.a. -
- 29.11. **Landesvertreterversammlung** - Wahl der Delegierten zur Bundesvertreterversammlung -

Ein besonderer Dank gilt dem Parteifreund Ingo Kamps (Friedrichstadt) für seine selbstlose und aufopferungsvolle Mitwirkung bei der technischen Vollendung von Liberal Central.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der 5. Tag jedes Monats. Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).